

SPD lehnt Haushalt 2009 ab:

Haushalt 2009 ist perspektivlos!

Die Zahlen, die der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt, sind erschreckend: Im Jahr 2009 wird die Stadt einen Verlust von über 114 Millionen Euro machen! Noch erschreckender ist aber die Perspektivlosigkeit, die dieser Haushalt aufzeigt: Danach wird der Verlust in den nächsten Jahren konstant bei über 100 Millionen Euro jährlich bleiben. Im Jahre 2020 wäre unsere Stadt überschuldet. Unserer Stadt droht das, was in Oberhausen bereits Realität ist: Nichts geht mehr! Und das trifft dann alle: Familien, Schule, Kultur, Sport, Soziale Ausgaben etc., ohne Ausnahmen.

Richtig ist, dass die zu niedrigen Zuweisungen aus Bund und Land seit Jahren ein Teil der Ursache sind. Richtig ist aber auch, dass gerade die Regierung Rüttgers seit 2005 massiv den Landeshaushalt zu Lasten

Die Finanzkrise ist aber auch hausgemacht - Nur drei Beispiele: Der Beschluss, die RWE-Aktien im Dezember letzten Jahres aus den Betrieben gewerblicher Art zu nehmen, kostet alleine in diesem Jahr 11,3 Millionen Euro Steuern und Zinsen und zukünftig eine Million Euro jährlich. Geld, das einfach verbrannt worden ist ohne einen Cent Nutzen! In Holt wird als Wahlgeschenk eine schicke Totenhalle gebaut, die jetzt aufgrund erhöhter Gebühren nur noch Wenige nutzen. Trotz der drastisch zurückgehenden Schülerzahlen wollen CDU und FDP alle Hauptschulen halten, obwohl der eigene Dezernent und die Fachverwaltung dringend zu Auflösungen bestehender Schulen raten. Dies kostet nicht nur viel Geld, sondern nimmt gerade den Hauptschülern die Chancen, die sie unbedingt brauchen!

Die **SPD-Ratsfraktion** hat angesichts der Haushaltslage nur die Forderung gestellt, für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zusätzlich 500.000 Euro für Präventionsarbeit auszugeben. Geld, das mehr als gut angelegt wäre, um zukünftig viel Geld zu sparen. Laut Gemeindeprüfungsanstalt könnte die Stadt in diesem Bereich über 16 Millionen Euro jährlich sparen! Natürlich

wurde diese Investition in Familie und Kinder abgelehnt. Offenbar nimmt man weitere jährliche Mehrausgaben in Kauf, ohne den Familien tatsächlich helfen zu wollen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass CDU und FDP offenbar mit ihren eigenen Problemen so beschäftigt sind, dass sie die Finanzprobleme der Stadt nicht angehen können und wollen. Dies wird und kann die **SPD** nicht mittragen.



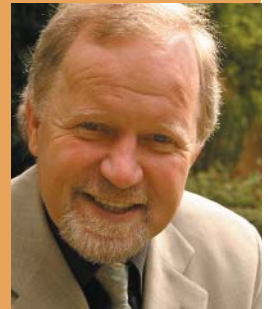
Finanzpolitik nicht auf Kosten der Familien.

der Städte konsolidiert. Zahlungen in zweistelliger Millionenhöhe werden unserer Stadt jährlich vorenthalten. Aktuell weigert sich die Regierung Rüttgers, strukturschwachen Städten wie Mönchengladbach über ein Stärkungspaket "Stadtfinanzen" zu helfen. Hiernach sollen auf Vorschlag der **SPD** diese Städte nachhaltig von hohen Zins- und Tilgungslasten befreit werden. Unsere Stadt muss alleine für Zinsen über 44 Millionen Euro, für Tilgungen über 22 Millionen Euro jährlich zahlen.

Editorial

Auf ein Wort

Die Finanzprobleme unserer Stadt sind gewaltig. Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt, dass das über viele Jahre geschaffene Vermögen innerhalb weniger Jahre verbraucht würde, wenn wir nicht umgehend mit aller Kraft gegensteuern.



Platz für Klientelpolitik à la FDP und Wahlgeschenke à la CDU sind nicht mehr möglich. Alle, die in unserer Stadt Verantwortung tragen, sind gefordert. Das gilt sowohl für die Abgeordneten in Bundestag und Landtag, wie natürlich auch für die Ratsmitglieder und den Oberbürgermeister.

Norbert Bude tut dies mit aller Kraft nicht nur in unserer Stadt, sondern auch da, wo er überörtlich Verantwortung trägt, wie z.B. als Vorsitzender des Städtetages NRW. Er fordert hier für alle strukturschwachen Städte Finanzhilfen ein, da diese Städte die Finanzprobleme nicht mehr alleine lösen können. Mönchengladbach gehört zu diesen Städten.

Anders sieht das leider bei den CDU Landtagsabgeordneten Post und Schroeren aus. Beide haben allen Beschlüssen der Landesregierung zugestimmt, die unserer Stadt - aber auch den Bürgern - finanziell sehr schaden.

Wer wie Norbert Post Oberbürgermeister werden will, muss ohne Wenn und Aber die Interessen der Stadt vertreten, auch in Düsseldorf. Das kann oder will Norbert Post offenbar nicht. Er schadet damit unserer Stadt und disqualifiziert sich selbst für das hohe Amt des ersten Bürgers. Wie heißt es in einem Oldie so schön: Wärs Du doch in Düsseldorf geblieben...

Herzlichst Ihr

Unsere Themen

- 2: Theater nicht in Frage stellen
- 2: Pahlkebad sanieren
- 3: Vorgestellt: Stephanie Längen
- 4: Mehr Kinderbetreuung

- 2: Garde News
- 3: Gebühren senken
- 3: Zukunft Außensportanlagen
- 4: Gesamtschulen ausbauen

Theater nicht in Frage stellen

Die Sondersitzung des Theaterkuratoriums hat es nochmals auf den Punkt gebracht: Das Theater benötigt für die laufende Spielzeit einen Nachtrag in Höhe von 980.000 Euro. Hauptursache für das Defizit ist die hohe Tarifsteigerung bei den Mitarbeitern.

Ratsherr Ulrich Elsen, kulturpolitischer



Theater ist ein wichtiges Kulturangebot.

Sprecher der SPD-Fraktion: "Den Mitarbeitern am Theater darf man den letzten Tarifabschluss nicht vorwerfen. Sie leisten gute Ar-

SPD und Sportvereine einig:

Sanierung Pahlkebad beginnen

Die Verwaltung schlägt einen Sanierungsplan für das Rheydter Stadtbad (Pahlkebad) und das Hallenbad Rheindahlen vor. Die Sanierung in Rheydt beginnt in 2009 und in Rheindahlen ab 2011. Voraussetzung für Sanierung oder Neubau des Pahlkebades ist eine Forderung der Bezirksregierung, die drei kleinen Bäder in Morr, Hardt und Odenkirchen zu schließen.

Die Verwaltung schlägt hierzu vor, dass nach erfolgter Sanierung in Rheydt und Rheindahlen auf die drei kleinen Bäder vorbehaltlich einer dann in 2013 angestellten Bedarfsanalyse verzichtet werden kann.

Ratsherr Henning Haupts, sportpolitischer Sprecher der SPD: "Diesen Beschluss trägt die SPD nach Rücksprache mit den Schwimmvereinen und dem Stadtsportbund mit.

Jede weitere Verschärfung auf unwiederbringliche Schließung der drei kleinen Bäder in Morr, Hardt und Odenkirchen ist mit der SPD nicht machbar. Die Sanierung des Rheydter Stadtbades kann mit diesem Beschluss sofort begonnen werden, denn im Haushalt steht das Geld zur Verfügung."



Sanierung wird im Rheydter Stadtbad begonnen.

beit und haben wie alle anderen berufstätigen Menschen ein Anrecht auf tarifgerechte Bezahlung. Ohne diese Mehrkosten hätten wir einen ausgeglichenen Theaterhaushalt gehabt."

Für die **SPD-Fraktion** darf das Theater nicht in Frage gestellt werden. Alleine durch die langjährige Theaterreihe mit Krefeld wurden massiv Kosten gespart. Vergleichsstädte leisten sich alleine ein Theater gleicher Größe. Das Theater hat in den letzten Jahren immer erhebliche Einsparungen vorgenommen und darf dafür nachträglich nicht bestraft werden.

Ulrich Elsen: "Für die Zukunft muss gemeinsam mit dem neuen Intendanten eine ehrliche Diskussion darüber geführt werden, wie das Theater zukünftig aufgestellt sein soll. Ein Zuschussgeschäft wird es immer bleiben, aber kulturelle Vielfalt ist auch ein Gewinn für unsere Stadt."

Was die **SPD** in der ganzen Bäderdiskussion besonders ärgert ist, dass das Vitusbad hinsichtlich der Betriebskosten immer mehr aus dem Ruder läuft. Hier wurden unsere Warnungen nie gehört und gegen alle Vernunft ein riesiges Bad mit acht 50 Meter Bahnen und großen leerstehenden Flächen am tatsächlichen Bedarf vorbeigebaut.

Henning Haupts: "Folge dieser Fehlentscheidung ist ein Verlust aus dem Betrieb des Vitusbades mit knapp drei Millionen Euro. Diese Summe ist deutlich höher, als die Mittel für die Sportförderung, die allen Sportvereinen zugutekommt."

SPD-Fraktion: Garde-News



"Warum fehlen neuerdings immer so viele in der Fraktionssitzung der CDU?"
"Viele sind jetzt im Fitnesscenter, die interne Wahlkonferenz rückt immer näher."

Kein Atomkraftwerk im bulgarischen Erdbebengebiet!

RWE-Power AG beabsichtigt in Bulgarien den Neubau eines Atommeilers mit russischer Technik. Eine Investition, die einen Kapitalbetrag von 1,5 Milliarden Euro erfordert. Doch neben den Sicherheitsstandards ist auch die Lage sehr kritisch.

SPD-Fraktionschef Lothar Beine: "Die **SPD-Ratsfraktion** kritisiert den Neubau eines Atommeilers in einem ausgewiesenen Erdbebengebiet. Immerhin ein Grund, in Deutschland den Betrieb des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich schnell wieder zu beenden. Große Sorgen bereitet uns dabei auch, dass in Bulgarien keine gewachsene Sicherheitskultur im Umgang mit Atomkraftwerken existiert. Zugleich muss man derzeit in Bulgarien noch mit Unregelmäßigkeiten in der Vergabe von Bau- und Sicherheitstechnik ausgehen. In einem Unglücksfall mit ungeahnten Folgen."

Die **SPD-Fraktion** fühlt sich mit ihrer Kritik übrigens in der RWE-Familie nicht alleine. So haben bereits andere Großstädte als kommunale Anteilseigner der RWE gegen das Projekt protestiert. Der Aufsichtsrat fordert auch ein größeres Mitspracherecht bei neuen Kraftwerksprojekten. Da gibt es im Moment viel Unruhe in den Führungsgremien.

Lothar Beine: "Wir haben in einem Brief den Vorstand der RWE-Power AG und den Aufsichtsrat angeschrieben und eindringlich vor den Folgen einer atomaren Fehlinvestition gewarnt. Für die **SPD-Fraktion** muss die Sicherheit der Menschen bei allen Projekten immer im Vordergrund stehen."

Gebührenbelastung der Bürger endlich senken

In den vergangenen Monaten haben Städtevergleiche bei den Gebühren es mehr als deutlich gemacht: Unsere Stadt ist an dieser Stelle Spitze, was allerdings alles andere als ein Erfolg ist.

Eine Ursache ist nach Meinung der **SPD**

Je mehr Kosten die GEM macht, desto höher ist der Gewinn! **Guido Mevissen, umweltpolitischer Sprecher der SPD**: "Wir wollen und müssen diesen Vertrag so schnell wie möglich ändern. Die Stadt sollte nach Meinung der **SPD** alle Anteile der GEM übernehmen oder die Gesellschaft rekommunalisieren. Das würde zu Kostensenkungen führen."

Zum Ändern ist in die Gebührenberechnung nur ein Anteil von 180.000 Euro der Gelder eingesetzt worden, die die Stadt aus jahrelanger Überzahlung zurückfordern kann. "Wir verstehen nicht, warum diese Ermittlungen nicht längst abgeschlossen sind und haben erwartet, dass die zuviel gezahlten Beträge

auch gebührenmindernd eingesetzt werden. Wir erwarten Gebührensenkungen statt -erhöhungen," so **Guido Mevissen** abschließend.



Abfallentsorgung wieder teurer.

Foto: WZ-Archiv

die Vertragsgestaltung mit der GEM. Dieser Vertrag veranlasst die GEM zum Einen überhaupt nicht, im Sinne der Gebührenzahler möglichst effizient zu arbeiten. Im Gegenteil:

Außensportanlagen sanieren

Viele Außensportanlagen sind in einem schlechten Zustand. Dieses Ergebnis aus dem Sportentwicklungsplan ist eindeutig. In einer ersten Stufe sollen besonders dringende Sanierungen in 2009 begonnen werden.

Ratsherr Henning Haupts, sportpolitischer Sprecher der SPD: Die alten Tennen-

Millionen Euro. Die **SPD-Fraktion** begrüßt diese Maßnahmen, da gerade die Fußballvereine ein breites Sportangebot liefern."

Sorgen bereiten der **SPD-Fraktion** allerdings die Planungsideen von CDU und FDP für das Grenzlandstadion. Hier ist dringend die Sanierung der Laufbahn notwendig. Aber die Sanierung mit einer Planung für das gesamte Umfeld und seiner vielen sportlichen Nutzungen durch Vereine zu verknüpfen, ist gefährlich.

Henning Haupts: "Offensichtlich wird auch in diesem Bereich nach verwertbaren Baugrundstücken gesucht. Eine angedachte Umwandlung von Sportflächen in Wohnungsbau würde sofort zu Konflikten mit den vereinsgenutzten Sport-

anlagen, so des Rheydter Spielvereins, führen. Die Funktion des Grenzlandstadions ist sicher nicht mehr modern. Doch eine erneute Großplanung wird die Sanierung der Laufbahn erheblich verzögern."



Auch die Beiden brauchen gute Sportplätze. Foto: Ernst Rose-pixelio

plätze an den Bezirkssportanlagen Bergerfeld, Ernst-Reuter und Rheindahlen sollen in einem ersten Paket in 2009 in Kunstrasenspielfelder umgewandelt werden. Immerhin eine Gesamtinvestition in Höhe von rund 1,4

Vorgestellt: Stephanie Längen

Seit wann bist du Ratsmitglied?

Seit 2004, dies ist meine erste Wahlperiode.

Wie war dein politischer Werdegang?

Als Mandatsträgerin bin ich eher eine "Spätberufene". Ich habe immer (gesellschafts-)politisch gehandelt, zum Beispiel habe ich in der Pfarre Mädchengruppen ins Leben gerufen und geleitet. Als Auszubildende wurde

ich zur Vorsitzenden des Jugendbetriebsrates und des Gesamtjugendbetriebsrates gewählt. Nach Erziehungszeit und Bau eines Ökohauses innerhalb einer



Bauherrengemeinschaft von 10 jungen Familien, an deren Organisation ich maßgeblich beteiligt war, bin ich erst Ende der 90er

INFO

Stephanie Längen

Geboren am 14.05.1957 in Odenkirchen, **verheiratet**, zwei erwachsene Töchter, als gelernte Bürokauffrau und Fremdsprachenkorrespondentin bin ich Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten. Ich liebe Natur, Katzen, Gartenarbeit und reise gerne in fremde Länder.

Jahre in die SPD eingetreten. 1999 wurde ich in die Bezirksvertretung Volksgarten gewählt und wurde dort Sprecherin unserer Fraktion.

Welche Schwerpunkte hast du in deiner Ratsstätigkeit?

Schon als Bezirksvertreterin war ich Mitglied im Schul- und Bildungsausschuss, weil das "auf den Weg bringen" der nächsten Generation eine der wichtigsten Anliegen ist. Manchmal werde ich ungeduldig, wenn ich feststelle, in welchen kleinen Schritten wir uns hier fortbewegen. Gerne bin ich auch Mitglied im Umweltausschuss, weil die dort behandelten Themen für die Bevölkerung immer wichtiger werden. Ein unerschöpfliches Betätigungsfeld ist auch mein Wirken als Mitglied des Integrationsrates. Durch das Einbinden von über 40 Vereinen ist das Zusammenarbeiten mit den so unterschiedlichen Menschen und Kulturen immer wieder spannend.

Kinderbetreuung wird ausgebaut- Qualität muss auch stimmen!

Ein dringend notwendiger Schritt für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige wird begonnen.

muss sogar eine Quote von 35 % erreicht werden. Ein Bedarf, der über die Tagespflege bei weitem nicht abgedeckt werden kann."



Kinderbetreuung dringend ausbauen.

Foto: Jörg Knappe

Ratsfrau Monika Berten, Sprecherin der SPD im Jugendhilfeausschuss: "Dieser Schritt war dringend nötig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Um die erforderliche Versorgungsquote von 20 % zu erreichen, müssen insgesamt 623 Plätze angeboten werden. Bis 2013

Das jetzt beschlossene Konzept sieht den Neubau eines dreigruppigen Kindergartens neben dem Jugendclubhaus an der Alexianerstraße im Stadtteil Westend vor. Dafür wird zugleich die eingruppige Einrichtung an der Leibnitzstraße aufgegeben. Eine interessante Idee ist der Umbau von Räumen im Obergeschoss des Rheydter Stadtbades für eine dreigruppige Kindertageseinrichtung. Zugleich sollen die Tageseinrichtungen Höfgenweg (Hamern) und Hosterweg (Rheydt) um jeweils eine Gruppe erweitert werden. Das Investitionsvolumen beziffert sich für alle Maßnahmen auf rund 1,12 Mio. Euro.

Monika Berten: "Einstimmig kritisiert der Jugendhilfeausschuss hierbei die schwarz-

gelbe Landesregierung. Es kann nicht sein, dass der Bund den Kommunen viel Geld für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellt und das Land diese nicht in voller Höhe an die Städte weitergibt. Übrigens ist diese Vorgehensweise einzigartig und nur NRW hält sich nicht an die Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Ländern."

Für die **SPD-Fraktion** ist die Richtung in Mönchengladbach klar. Die Familien sollen gestärkt werden, und ein gutes Betreuungsangebot ist hier der Schlüssel zur Chancengleichheit.

Monika Berten: "Große Sorgen bereiten der SPD dabei die Folgen aus dem Kinderbildungsgesetz (Kibiz) der schwarz-gelben Landesregierung. In einem Erfahrungsaustausch mit vielen betroffenen Erzieherinnen wurde eine hohe Unzufriedenheit aus den Kindergärten berichtet. Die Umstellung auf das Kibiz sorgt dafür, dass unterm Strich die Kindergärten weniger Geld haben. Qualität lässt sich da nicht lange durchhalten. Im Extremfall führe das dazu, dass Kinder nur noch sauber, satt und trocken gehalten werden. Für den geforderten Bildungsauftrag bleibt keine Zeit."

SPD hält an Forderung nach mehr Gesamtschulen fest!

"Eine erneute Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit in Mönchengladbach wurde vertan", so **Ratsfrau Monika Schuster, schulpolitische Sprecherin der SPD.** Die jähr-

Stadt auf den Punkt. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Hauptschulen hat den Elternwillen zur Gesamtschule nicht umgekehrt. Denn nur die Gesamtschule lässt als integrative Schulform alle Schulabschlüsse offen."

fen. Entweder durch Ausbau an bestehenden Schulen oder den Bau einer neuen Gesamtschule."



Mehr Gesamtschule nötig.

lichen Abweisungen von mehr als 500 Kindern mit Gesamtschulwunsch zeigen bei den Mehrheitsfraktionen aus CDU und FDP keine Wirkung.

Monika Schuster: "Die Eingabe der Mönchengladbacher Initiative Gesamtschule e.V. brachte die richtigen Argumente für einen Ausbau des Gesamtschulangebots in dieser

Die Schulformempfehlung der Grundschulen hat nach Einschätzung der **SPD** nur eine sehr begrenzte Aussagekraft. Das Leistungsvermögen der Kinder wird unterschätzt und kann sich in der Gesamtschule erheblich steigern. Trotz unterschiedlicher Schülerzusammensetzungen arbeiten alle Gesamtschulen mit stabilen gymnasialen Oberstufen.

Monika Schuster: "Es ist unverantwortlich, dass im Hauptschulbereich notwendige Entscheidungen von CDU und FDP vertagt werden. Hier werden wir bald verwaiste Schulgebäude haben. Durch eine vorausschauende Bildungsplanung lassen sich durchaus weitere Gesamtschulplätze schaf-

RatAktuell 04/2008

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
Tel: 02166/9 24 90-30
Fax: 02166/9 24 90-34
Mail: spdratmg@online.de
Internet: <http://fraktion.spd-mg.de>

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)
Lothar Beine
Bilder: SPD, www.pixelio.de

**Neue Anschrift?
Neuer Interessent?
Bitte wenden Sie sich an
obige Adresse!**